

Stellungnahme der DEG zur Berichterstattung in „Report Mainz“ am 23.06.2015

Im ARD Politmagazin Report Mainz wurde am 23. Juni 2015 ein kritischer Beitrag über das Wasserkraftwerk Barro Blanco in Panama gesendet. Kritisiert wurde, dass die DEG mit der Finanzierung gegen eigene und internationale Standards verstoßen habe. Die betroffene Bevölkerung sei nicht angemessen über das Vorhaben informiert und ihre Rechte nicht ausreichend berücksichtigt worden. Ein Hintergrund des Beitrags ist der kürzlich veröffentlichte Panelbericht zu der von Indigenen eingereichten Beschwerde zu diesem Vorhaben.

Zu dem Bericht nehmen wir wie folgt Stellung:

Die DEG nimmt jede Kritik an ihrer Arbeit ernst. Wir überprüfen unsere Verfahren regelmäßig und gehen dabei auch einzelnen kritisierten Aspekten sorgfältig nach. Dies haben wir auch in der veröffentlichten Stellungnahme („Management Response“) zum Panelbericht zum Ausdruck gebracht.

Die Projektgesellschaft Generadora del Istmo S.A. (GENISA) hat 2006 in einem öffentlichen Bieterverfahren der Republik Panama den Zuschlag zur Errichtung des Wasserkraftwerkes Barro Blanco (28,56 MW) erhalten. Die DEG stellte 2011 hierzu ein Darlehen zur Verfügung. Weitere Darlehensgeber sind der niederländische Entwicklungsfiancier FMO und der lateinamerikanische Entwicklungsfiancier CABEI. Der Bau ist zu 95% abgeschlossen. Das Vorhaben soll pro Jahr 135 GWh grünen Strom erzeugen, der bis zu 70.000 Menschen versorgt.

Die Umwelt- und Sozialwirkungen des Projektes sind lokal begrenzt. Ca. 6,7 ha, ein Anteil von rd. 2,6% der Reservoirfläche, betreffen das sogenannte Annex-Land (Erweiterung) des Reservates der Comarca der Ngöbe Bugle, einer indigenen Bevölkerungsgruppe. GENISA und die Vertretung der Comarca der Ngöbe Buglé einigten sich 2009 über die Pachtbedingungen für das Land. DEG und FMO sind somit davon ausgegangen, dass eine Zustimmung zur Nutzung gegeben war, da das Unternehmen eine Vereinbarung mit der Vertretung der indigenen Bevölkerung getroffen hatte. Vertreter der indigenen Bevölkerung wurden vom Unternehmen auch mehrfach über das Vorhaben informiert. Später stellte sich heraus, dass sich nicht alle Indigenen von dieser Vertretung vertreten fühlen. Diese argumentieren, der Regierung Panamas keine Zustimmung für die Nutzung ihres Landes erteilt zu haben, und möchten, dass das Projekt gestoppt wird.

Die Proteste gegen das Vorhaben verstärkten sich im Jahr 2012 im Kontext einer Auseinandersetzung zwischen der indigenen Bevölkerung und der Regierung Panamas um ein neues Gesetz über Bergbau und andere Nutzung (inkl. Wasserkraft) in indigenen Gebieten. Die indigene Bevölkerung fordert ein Verbot jeglicher bergbaulicher und anderer Nutzung auf indigenen Gebiet. In diesem Zusammenhang ist auch der geforderte Stopp des Barro Blanco Projektes zu sehen.

Im April 2014 haben Indigene das Instrument des Beschwerdemechanismus von DEG und FMO genutzt und Beschwerde gegen das o.g. Projekt eingereicht. Dieser Mechanismus stellt sicher, dass Einzelpersonen und Organisationen, die der Meinung sind, dass sie negativ durch ein von der DEG finanziertes Vorhaben betroffen sind, gehört werden und eine Beschwerde einreichen können. Ein unabhängiges Gremium, das sog. „Independent External Panel“, entscheidet über die Zulässigkeit der einzelnen Beschwerde und ist für deren Bearbeitung zuständig. Das Panel hat diese Beschwerde geprüft, angenommen und in einem Compliance Review DEG und FMO auf die Einhaltung ihrer Standards (internationale Umwelt- und Sozialstandards gemäß IFC Performance Standards) untersucht. Eine besondere Herausforderung war, dass der Kreditvertrag mit GENISA 2011 und damit vor Einrichtung des Beschwerdemechanismus unterzeichnet worden war. Das Panel äußert sich auch vor diesem Hintergrund positiv über das Mitwirken aller Beteiligten.

Das Panel kommt zu dem Ergebnis, dass DEG und FMO zum Zeitpunkt der ersten Auszahlung im Einklang mit ihren Standards agiert haben. Wesentliche Informationen lagen vor, und entsprechende Aktionspläne wurden mit dem Unternehmen GENISA vereinbart, um die Einhaltung internationaler Standards sicherzustellen. Das Panel ist der Ansicht, dass diese Informationen bereits zum Zeitpunkt der Zusage hätten vorliegen müssen; grundlegende Mängel wurden aber nicht konstatiert.

Die Befunde des Panels sehen wir als wichtig an, um Prozesse weiter zu verbessern. Dazu heißt es in der Stellungnahme von DEG und FMO („Management Response“) zum Panelbericht: “With regard to land, resettlement and displacement, we will strive for a more elaborate formal opinion from lawyers or other experts, with defined expertise in indigenous peoples’ rights and the local legal context, on the matter of the formal representative structures in (indigenous areas like) the Comarca and we will structurally consider this recommendation for future investments.”

DEG und FMO setzen sich, in einer insgesamt komplexen Situation, weiterhin für eine Lösung mit der indigenen Bevölkerung sowie für eine Fortsetzung des Vorhabens und der damit verbundenen Maßnahmen ein. Dazu sind wir im Austausch mit allen relevanten Akteuren.